

**REPUBLIK ÖSTERREICH**
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

1014 Wien, Postfach 100

12.917/20-I/1/85

Zahl:

Bei Beantwortung bitte angeben

Wien, am 28. März 1985

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Pensionsgesetz 1965 und das Neben-
gebühreuzulagengesetz geändert werden
(8. Pensionsgesetz-Novelle; 6. Neben-
gebühreuzulagengesetz-Novelle);

Ressortstellungnahme.

An das
Präsidium des Nationalrates
W i e n

23	
Datum:	1. APR. 1985
Verteilt:	2. APR. 1985

Stammes

Hassabauer

Das Bundesministerium für Inneres beehrt sich, beiliegend
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu den vom Bundesmini-
sterium für Finanzen unter der Geschäftszahl 02 5200/16-
VI/5/85 vom 4. März 1985 versendeten Entwurf eines Bundesge-
setzes, mit dem das Pensionsgesetz 1965 und das Nebengebühren-
zulagengesetz geändert werden (8. Pensionsgesetz-Novelle,
6. Nebengebühreuzulagengesetz-Novelle), zu übermitteln.

25 Beilagen

Für den Bundesminister:
Dr. Weissenburger

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Schmücker



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

1014 Wien, Postfach 100

Zahl: 12.917/20-I/1/85

Wien, am 28. März 1985

Bei Beantwortung bitte angeben

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Pensionsgesetz 1965 und das Neben-
gebühreuzulagengesetz geändert werden
(8. Pensionsgesetz-Novelle; 6. Neben-
gebühreuzulagengesetz-Novelle);

Ressortstellungnahme.

An das
Bundesministerium für Finanzen
W i e n

Zu Zahl 02 5200/16-VI/5/85 vom 4. März 1985

Gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Pensions-
gesetz 1965 und das Nebengebühreuzulagengesetz geändert wer-
den (8. Pensionsgesetz-Novelle, 6. Nebengebühreuzulagengesetz-
Novelle), bestehen seitens des Bundesministeriums für Inneres
keine grundsätzlichen Bedenken. Lediglich zum § 9 des Pensions-
gesetzes 1965 wird folgendes bemerkt:

Die Erfahrung seit dem Inkrafttreten des Pensionsgesetzes 1965
hat gezeigt, daß die Zurechnung von Jahren in den meisten Fällen
(rund 80 %) ohne Auswirkungen bleibt, da die Beamten die volle
Ruhegenußbemessungsgrundlage bereits erreicht haben. Zur Ver-
meidung eines Verwaltungsaufwandes (die Beamten müssen unter
anderem dem Amtsarzt vorgestellt werden, der ein entsprechen-
des Gutachten erstellen muß) sollte in jenen Fällen, in denen

- 2 -

die volle Ruhegenußbemessungsgrundlage bereits erreicht wurde, von einem derartigen Verfahren abgesehen werden.

Das Bundesministerium für Inneres regt daher an, den § 9 Absatz 1 des Pensionsgesetzes 1965 wie folgt zu fassen:

"Ist der Beamte ohne sein vorsätzliches Verschulden zu einem zumutbaren Erwerb unfähig geworden, so hat ihm seine oberste Dienstbehörde aus Anlaß der Versetzung in den Ruhestand den Zeitraum, der für die Erlangung der vollen Ruhegenußbemessungsgrundlage erforderlich ist, höchstens jedoch 10 Jahre, zu seiner ruhegenußfähigen Bundesdienstzeit zuzurechnen."

Dem Präsidium des Nationalrates wurden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme zugeleitet.

Für den Bundesminister:
Dr. Weissenburger

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Schmölzer